

Ortlieb, Heinz Dietrich

Article — Digitized Version

## Die Genossenschaften als Element einer neuen Wirtschaftsordnung

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Ortlieb, Heinz Dietrich (1950) : Die Genossenschaften als Element einer neuen Wirtschaftsordnung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 11, pp. 20-24

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131211>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Die Genossenschaften als Element einer neuen Wirtschaftsordnung

Prof. Dr. Heinz Dietrich Ortlieb, Hamburg

Die heutigen Bemühungen um eine neue Wirtschaftsordnung sind in Theorie und Praxis durch eine ausgesprochen antistaatliche Note gekennzeichnet. Nichts scheint den Menschen unserer Zeit gefährlicher zu sein als eine zentrale staatliche Machtkonzentration. Aus dieser Grundhaltung erklärt sich nicht nur die merkwürdig hemmungslose Flucht in die freie Marktwirtschaft, wie wir sie in den letzten Jahren in Deutschland erlebt haben. Auch wesentlich konstruktivere Versuche um eine Neuordnung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens sind ähnlich motiviert. So geht es bei den Bemühungen um das Mitbestimmungsrecht und die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmerschaft ebenfalls um nichts anderes als um einen sozialen Ausgleich ohne staatliche Hilfe. Es liegt nur in der gleichen Linie, wenn heute der Genossenschaftsgedanke einen neuen Auftrieb erfährt, sei es, daß man ihn als neutral, jenseits des Gegensatzes Kapitalismus-Sozialismus stehend, ansieht, sei es, daß man ihn für einen wesentlichen Bestandteil des neosozialistischen Ordnungsbildes hält.

Es war ja der marxistische Glaube, daß der „Diktatur des Proletariats“ zwangsläufig das „Absterben des Staates“ folgen müsse, der die konsequente Innehaltung des Marx'schen Weges zum Sozialismus praktisch in den totalen Staat münden ließ. Die Einsicht, daß der Kampf gegen den „utopischen Sozialismus“ Marx nicht davor bewahrt hat, selbst utopischen Vorstellungen zum Opfer zu fallen, ermöglicht es heutigen Sozialisten, jenem früheren Sozialismus wieder unbefangen gegenüberzutreten. Das bedeutet jedoch keine Kritiklosigkeit gegenüber genossenschaftssozialistischen Gesellschaftsreformern wie Robert Owen und Charles Fourier. Aber man verspricht sich wie sie nach den schlechten Erfahrungen mit totalitären Staatsformen heute mehr von genossenschaftlicher Lebensart und Wirtschaftsgestalt, als es Karl Marx tat.

## DIE AUSGLEICHSFUNKTIONEN DER GENOSSENSCHAFTEN IN DER KAPITALISTISCHEN MARKTWIRTSCHAFT

Man würde allerdings der Genossenschaftsbewegung der letzten 200 Jahre in ihrer ganzen Breite und Vieltätigkeit nicht gerecht, wollte man sie insgesamt als dezentralistischen Sozialismus bezeichnen. Dazu gab es und gibt es zu viele Genossenschaftler, die von Sozialismus nichts wissen oder mit ihm nichts im Sinne haben. Der moderne Sozialismus ist Protest gegen den Kapitalismus. Er ist die bewußte Abkehr von dieser Wirtschaftsordnung. Bei den Genossenschaften ist das Entstehungsmotiv nicht so eindeutig antikapitalistisch. Zu vielfältig sind die Situationen, in denen sie entstanden, und die Aufgaben, denen sie sich zuwandten.

Allerdings steht der genossenschaftliche Gedanke dem solidarischen Prinzip des Sozialismus näher als dem kapitalistischen Gewinnprinzip. Das schließt aber nicht aus, daß es Genossenschaften gibt, deren Mitglieder mit ihrem Zusammenschluß nichts anderes bezwecken, als ihren Gewinn zu sichern oder zu erhöhen. Dies zeigt, daß die Genossenschaften nicht im gleichen Maße wie der Sozialismus für ihre Existenz der antikapitalistischen Triebkraft bedürfen, daß sie sich vielmehr sehr wohl der kapitalistischen Umwelt anzupassen vermögen.

Dem widerspricht nicht, daß die Genossenschaften ähnlich wie der Sozialismus den Schwächen und Mängeln der kapitalistischen Ordnung ihre Entstehung verdanken. Sie entwickelten sich überall dort, wo die kapitalistische Wirtschaftsordnung versagte oder die Menschen sich ihrem Geiste und ihren Ordnungsmechanismus nicht anpassen konnten oder wollten. Die Ausgleichsfunktionen, die die Genossenschaften übernahmen, waren dreifacher Art:

1. Wo ungleiche Kräfteverhältnisse auf den kapitalistischen Märkten entstanden, suchten die Genossenschaften durch den Zusammenschluß der schwachen Marktpartner ein Gleichgewicht der Kräfte herzustellen.
  2. Wo die Überlegenheit der Großbetriebe sich nicht eindeutig durchsetzen konnte, sondern sich die Kleinbetriebe zu halten vermochten, übernahmen die Genossenschaften jene Aufgaben, deren Bewältigung den Großbetrieben soviel besser gelang, um dadurch die Konkurrenzfähigkeit der Genossen zu stärken.
  3. Wo die Menschen sich der egozentrisch kühlen Rationalität des kapitalistischen Geschäftslebens aus eigenen Kräften nicht anzupassen vermochten, dort boten die Genossenschaften den Betätigungsbereich und die sonst in der kapitalistischen Welt nicht vorhandene Atmosphäre, in der man für sein Bedürfnis nach solidarischem Zusammenwirken in einer Gemeinschaft leben konnte. Gleichzeitig übernahmen sie die Erziehung ihrer Mitglieder zu einem rationellen wirtschaftlichen Verhalten, ohne daß die Existenz der Genossenschaften in ihrer kapitalistischen Umwelt bald in Frage gestellt gewesen wäre.
- Zur ersten Funktion: Wo auf den Konsumgütermärkten der Konkurrenzmechanismus nicht, wie seine liberalistischen Befürworter erhofft hatten, zur billigsten Versorgung der Verbraucher führte, schalteten sich die Konsumgenossenschaften ein, die nicht wie die kapitalistischen Betriebe auf Gewinnerzielung, sondern direkt auf die billigste Versorgung ihrer Mitglieder hinarbeiteten. Diese Genossenschaften zeigten durch ihre Erfolge, daß sie häufig rationeller arbeiteten als ihre privatwirtschaftliche Konkurrenz, was als Be-

weis dafür dienen kann, daß die höhere Rationalität in der Wirtschaft nicht immer an das Gewinnstreben der Menschen gebunden sein muß.

Aus der Tatsache, daß gerade im Einzelhandel der Konkurrenzmechanismus versagt hat und noch heute versagt, geht hervor, daß nicht einmal in diesem Wirtschaftsbereich, wo doch eine Vielzahl von Anbietenden vorhanden zu sein scheint, die Voraussetzungen für eine wirkungsfähige Konkurrenz gegeben sind. Die Gründe, weshalb es im Handel häufig nicht zu einem ausreichenden Konkurrenzdruck auf die Preise kommt, liegen 1. im Fehlen der erforderlichen Markttransparenz für die Käufer, 2. im mangelnden ökonomisch rationalen Verhalten der Käufer (Bequemlichkeit, Gewohnheit) und 3. darin, daß viele Einzelhändler in ihrem lokalen Bereich eine monopolistische oder oligopolistische Stellung haben. (Der Verbraucher muß aus Gründen des Zeitmangels beim nächsten Einzelhändler kaufen, auch wenn er weiß, daß er anderswo billiger kaufen könnte.) Hinzu kommt 4. ein dem Einzelhandel eigentümliches Verhalten, das Eduard Heimann in seiner eindrucksvollen Analyse der Konkurrenzhemmungen des Kapitalismus<sup>1)</sup> als „stillschweigende Kartellierung“ bezeichnet und auf den vorkapitalistischen Ursprung des Kleinhandels zurückgeführt hat. Eine solche „stillschweigende Kartellierung“ kann in Zeiten des Warenmangels, wie wir ihn in den letzten Jahren erlebt haben, in besonders starkem Maße Platz greifen. Aber auch in Zeiten der Warenfülle ist sie bisher nur gemildert, niemals gänzlich zum Schwinden gebracht worden. Deshalb ist auf den Konsumgütermärkten das Gleichgewicht der Kräfteverhältnisse auf der Angebots- und Nachfrageseite nur ein scheinbares. Gewöhnlich haben die Käufer, verschuldet oder unverschuldet, die schwächere Position. Die Folgen dieser Situationsbegünstigung der Händler sind bis in unsere Tage ein übersetzter unrationeller Verteilungsapparat und überhöhte Handelspreisen. — Wenn man die Hilfe des Staates nicht in Anspruch nehmen konnte oder wollte, ließen sich diese Mängel nur dadurch beseitigen, daß durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Verbraucher ein Kräfteausgleich auf dem Markte hergestellt wurde. Um einen analogen Vorgang handelt es sich bei der Entstehung der Einkaufs- bzw. Verkaufsgenossenschaften in der Landwirtschaft, beim Handwerk und Kleinhandel wie auch bei der Entstehung der Baugenossenschaften. Auch hier übernahmen die Genossenschaften die Aufgabe, einen Kräfteausgleich auf dem Markt herbeizuführen, indem sie die schwachen Marktpartner zusammenschlossen. Da der genossenschaftliche Zusammenschluß die Zahl der Marktteilnehmer auf der Angebots- oder Nachfrageseite vermindert, hat man geglaubt, diesen Vorgang mit der Kartellbildung vergleichen zu können. Sehr zu Unrecht; denn durch die Kartellierung wurde auf den Märkten gewöhnlich erst eine Unausgeglichenheit der Kräfte geschaffen, während die Genossenschaften durch Stützung der wirtschaftlich Schwachen eine bestehende

<sup>1)</sup> Eduard Heimann: „Soziale Theorie des Kapitalismus“, Tübingen 1929, S. 65 ff.

Unausgeglichenheit beseitigten. So gesehen, kann man die Genossenschaften aber mit den Gewerkschaften vergleichen, die ebenfalls in einer Marktwirtschaft die Funktion des Kräfteausgleichs haben.

Zur zweiten Funktion: Die dargestellte erste Funktion der Genossenschaften überschneidet sich mit ihrer zweiten Aufgabe: die Vorteile der konkurrierenden Großbetriebe auszugleichen. Sie ist aber nicht mit ihr völlig identisch. Der Vorteil des Großbetriebes gegenüber dem Kleinbetriebe liegt auch in seiner meist stärkeren Position auf dem Markte. Aber darin erschöpft er sich nicht. So blieb für die Betätigung der Genossenschaften noch ein weiter Spielraum über den Ein- und Verkauf hinaus übrig, sei es, daß man die kleinbetrieblichen Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung zu überwinden suchte, sei es, daß man die Beschaffung und Bereitstellung von Maschinen, von Aufbereitungs- und Verarbeitungsanlagen übernahm.

In allen diesen Fällen blieben die wirtschaftliche Selbständigkeit und das Eigentum der einzelnen Mitglieder in ihren Kleinbetrieben unangetastet. Die Genossenschaften sorgten für die Beschaffung der Betriebsmittel (Kredit, Rohstoffe, Maschinen). Sie übernahmen den Absatz der erzeugten Waren. Sie unterwiesen ihre Mitglieder in vielen Dingen, die für eine rationelle Betriebsführung wichtig waren. Sie unterhielten Ergänzungsbetriebe (z. B. Molkereien, Brennereien usw.). Innerhalb seines eigenen Betriebes blieb das einzelne Mitglied deshalb doch sein eigener Herr, wenn auch die außerbetriebliche Zusammenarbeit mit den anderen Genossen manche Rückwirkung auf seine innerbetrieblichen Dispositionen mit sich brachte.

Diese Rücksichtnahme auf das Bedürfnis der Menschen nach wirtschaftlicher Selbständigkeit bei gleichzeitiger Pflege eines solidarischen Zusammenwirkens enthielt eine polare Spannung, die zwar zur Ursache mancher Reibungen und Schwierigkeiten in der genossenschaftlichen Zusammenarbeit wurde, sie jedoch selten über ein tragbares Maß hinaus gefährdete, da die Bereiche der individuellen und der kollektiven Verantwortlichkeit einigermaßen klar abgegrenzt und kontrolliert werden konnten. Bezeichnenderweise vermochten sich diejenigen Genossenschaften, denen wie den Arbeiterproduktivgenossenschaften diese klare Abgrenzung fehlte, nicht lange zu halten. Sie gingen daran zu Grunde, daß die innerbetriebliche Anwendung des Genossenschaftsprinzips die für jede arbeitsteilige Produktion erforderliche hierarchische Ordnung im Betrieb in Frage stellte.

Die Tatsache, daß es den von einem revolutionären antikapitalistischen Geiste beseelten Produktivgenossenschaften nicht gelang, in einer kapitalistischen Umwelt Fuß zu fassen, während es die übrigen Genossenschaften erreichten, sich gerade an den schwachen Punkten der Wirtschaftsordnung einzuschalten, hatte zur Folge, daß das Genossenschaftswesen insgesamt auf das kapitalistische System zunächst mehr ausgleichend und bewahrend als revolutionär umgestaltend wirkte. Hierbei spielte die Erhaltung der Kleinbetriebe keine unbedeutende Rolle.

Wie man auch über die Marx'sche Gesellschaftslehre im einzelnen denken mag, die dort vertretene Ansicht, daß der wirtschaftliche Konzentrationsprozeß (das Vordringen der Großbetriebe) der Schrittmacher der proletarischen Gesellschaft sei, ist zweifellos richtig. Wenn dem aber so ist, so konnte den Genossenschaften in diesem Entwicklungsprozeß nur eine negative, hemmende Rolle zufallen. Sie bewahrten die Kleinbetriebe und milderten auch darüber hinaus die sozialen Gegensätze, anstatt sie zu verschärfen und dadurch eine Überwindung des Kapitalismus herbeizuführen. Kein Wunder, daß orthodoxe Marxisten in ihrem System keinen Platz für Genossenschaften hatten, sondern ihnen geradezu feindlich gegenüberstanden<sup>2)</sup>.

**Zur dritten Funktion:** Die dritte Funktion, die darin gesehen wurde, daß die Genossenschaften für ihre Mitglieder die kapitalistische Umwelt tragbar machten, läßt die Vieldeutigkeit der Genossenschaften besonders klar hervortreten. Diese Funktion enthält, wie schon angedeutet, ein Doppeltes: Einmal enthält sie in der Erziehung zur wirtschaftlichen Rationalität ein vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus gesehen anpassendes, fortschrittliches Moment, zum anderen enthält sie, insofern sie den Menschen gegen den kapitalistischen Geist abschirmt und ihm die Möglichkeit der kollektiven Sicherheit bietet, ein konservatives Moment. In diesem Doppelten liegt der proteushafte Charakter der Genossenschaften begründet. Es wird verständlich, weshalb die einzelnen Genossenschaften, je nachdem ob in ihnen das zur wirtschaftlichen Rationalität erziehende oder das solidarische Moment überwog, als vorkapitalistisches Rudiment oder als verbandsmäßig organisierter Bestandteil der modernen Erwerbswirtschaft wirken mußten, und es auch heute noch tun.

Die Vieldeutigkeit der Genossenschaften wird vollends klar, wenn man sich vor Augen führt, daß die Bedeutung der beiden dargestellten Momente sich umkehrt, sobald man den Blick vom Standpunkt einer kapitalistischen Gegenwart nicht rückwärts in die Vergangenheit, sondern vorwärts in die Zukunft richtet. Dann zeigt sich nämlich, daß das zunächst fortschrittlich anmutende Moment, die Erziehung zur wirtschaftlichen Rationalität, plötzlich einen konservativen Charakter erhält, insofern es die Menschen der kapitalistischen Ordnung anpaßt und diese Ordnung stabilisieren hilft, während das zweite zunächst konservativ erscheinende Moment, die Pflege eines solidarischen Geistes, zukunftsweisende Bedeutung erhält, insofern es die Keimzelle eines neuen Wirtschaftsgeistes und einer neuen Wirtschaftsordnung ist.

#### DIE GENOSSENSCHAFTLICHEN ANSATZPUNKTE EINER KÜNFTIGEN WIRTSCHAFTSORDNUNG

Indessen ist eine solche Deutung jener beiden Momente noch keineswegs vollständig, will man ihre Rolle für eine künftige Wandlung der Wirtschaftsordnung klar-

<sup>2)</sup> Die genossenschaftsfreundlichen Sozialisten distanzieren sich daher mehr oder weniger nachdrücklich von einem orthodoxen Marxismus. So u. a. David, Webb, Oppenheimer, Wilbrandt, Staudinger.

stellen. Verfolgt man nämlich die epochalen Veränderungen der Wirtschaftsordnung, so zeigt sich, daß die Bedeutung jener Momente für die Gesamtordnung nicht einzeln, sondern nur in der jeweiligen Kombination beurteilt werden kann. Je nachdem, ob jene zwei Seiten der dritten Funktion in den Genossenschaften in gleichmäßiger oder in einseitiger Entwicklung auftreten, werden sie verschieden auf die Wirtschaftsordnung einwirken: Solidarischer Geist ohne gleich starke Entwicklung des rationalen Vermögens bedeutet Beharrung im vorkapitalistischen Zustand. Individuelle Rationalität ohne gleich starke Ausbildung eines solidarischen Geistes bedeutet Anpassung an die kapitalistische Welt und Beharrung in dieser. Erst wenn beide Momente in optimaler Kombination zusammentreffen, ergibt sich der Ansatzpunkt für eine Überwindung auch des kapitalistischen Stadiums in Richtung eines rationalen Solidarismus. Dialektisch ausgedrückt, heißt das: die geschichtliche Entwicklung scheint im Dreischritt zu führen, vom irrationalen Solidarismus (Vorkapitalismus) über den rationalen Individualismus (Kapitalismus) zum rationalen Solidarismus (Nachkapitalismus).

Die Verwendung des Wortes „dialektisch“ mag zu der Vermutung Anlaß geben, als sei hier von der künftigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung und seiner geschichtlichen Entfaltung im Sinne des orthodox-marxistischen Schemas die Rede. Dem ist keineswegs so. Die Erfahrungen der letzten 100 Jahre haben klar erkennen lassen, daß es keine der kapitalistischen Wirtschaft innewohnende Gesetzmäßigkeit gibt, die notwendigerweise zu einer proletarischen Gesellschaft führen muß<sup>3)</sup>.

Wäre das doch der Fall, dann erübrigt sich überhaupt, von der Bedeutung der Genossenschaften für die künftige Wirtschaftsordnung zu sprechen; denn die Genossenschaften haben, wie bereits angedeutet, im Marx'schen Entwicklungsschema keinen Platz. Die Produktivgenossenschaften nicht, weil sie infolge ihres Konstruktionsfehlers sich in der kapitalistischen Welt nicht entfalten konnten, die übrigen Genossenschaften nicht, weil sie die soziale Spannung minderten und den Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft hemmten. Sofern politische Willkür es nicht anders beschließt, wird eine nachkapitalistische Wirtschaftsordnung nicht wie der Marx'sche Sozialismus das Ergebnis eines allumfassenden wirtschaftlichen Konzentrationsprozesses sein, der nur eine Produktion in Mammutbetrieben übrig läßt, so daß als einzig mögliche soziale Lösung die Einführung einer totalen Zentralverwaltungswirtschaft und eines alle Produktionsmittel umfassenden Gemeineigentums erscheinen muß. Eine solche Ordnung wird hingegen viele Betriebsgrößen und Eigentumsformen kennen und sich in ihrer Wirtschaftslenkung marktwirtschaftlicher Mechanismen bedienen, die dem Einzelnen Spielraum für selbstverantwortliche Entscheidungen lassen.

<sup>3)</sup> Dem widerspricht auch die neuerliche Beweisführung Schumpeters nicht, dessen vorausgesagter Sozialismus keine proletarische Gesellschaft im Marx'schen Sinne ist, jedenfalls nicht, wenn er „im Zustande der Reife“ verwirklicht wird. Vgl. J. A. Schumpeter „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, Bern 1946.

So werden die künftigen Ordnungsformen der Wirtschaft nicht in so starkem Gegensatz zu den früheren stehen, wie es noch Marx glauben durfte. Sowohl von neosozialistischer wie von neoliberaler Seite werden heute Auffassungen von einer zweckmäßigen Wirtschaftsordnung vertreten, die viele Elemente der marktwirtschaftlichen Verfassung des Kapitalismus übernehmen und die trotz mancher Unterschiede<sup>4)</sup> auch darin übereinstimmen, daß sie nicht glauben, die Lenkung der Produktion und die Lösung der sozialen Fragen einem blinden Marktmechanismus überlassen zu können. Wieweit diese Auffassungen sich im einzelnen bei der Neuordnung der Wirtschaft durchsetzen werden, läßt sich schwer voraussagen, doch ist es wohl ziemlich sicher, daß eine Neuordnung im besonderen Maße dem Sicherheits- und Gerechtigkeitsbedürfnis der breiten Massen wird entsprechen müssen. Gerade im gegenwärtigen Westdeutschland haben diese Bedürfnisse aus der eingangs erwähnten antistaatlichen Stimmung heraus noch kaum Berücksichtigung gefunden. Man darf nicht meinen, daß dies von Dauer sein kann. Im Falle des Konfliktes ist das Bedürfnis nach Existenzsicherung grundlegender als das Bedürfnis nach Freiheit<sup>5)</sup>, und eine stabile Ordnung kann immer nur dann erreicht werden, wenn man bei dem grundlegenden Bedürfnis beginnt.

Für eine solche Ordnung können Genossenschaften in erzieherischer und organisatorischer Hinsicht nicht nur vorbereitende Arbeit leisten. Die erzieherische Arbeit liegt einmal in der technischen und wirtschaftlichen Schulung, zum anderen in der Pflege des Verantwortungsbewußtseins gegenüber der Gemeinschaft. Gerade diese zweite Seite gewinnt an Gewicht, wenn man bedenkt, daß das Neuordnungsproblem in der angezeigten Richtung nur zu lösen ist, wenn die Menschen ein stärkeres soziales Verantwortungsbewußtsein entwickeln als bisher und begreifen lernen, daß sie sich in einer modernen großorganisierten arbeitsteiligen Wirtschaft nicht ausschließen

<sup>4)</sup> Auf die hier noch bestehenden Unterschiede kann im Rahmen dieses Aufsatzes aus Raumgründen leider nicht eingegangen werden. Für die neoliberale Auffassung sei auf das Jahrbuch „Ordo“ verwiesen, das jetzt in drei Bänden vorliegt, für die neosozialistische Auffassung seien die verschiedenen Abhandlungen des Verfassers zu diesem Thema angeführt: „Wandlungen des Sozialismus“, Hamburg 1947, „Was heißt Sozialisierung?“ in „Akademische Hamburger Rundschau“ 1949 S. 498 ff. „Der gegenwärtige Stand der Sozialisierungsdebatte in Deutschland“ in „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“, Neue Folge Bd. II, S. 189 ff. und „Zum Begriff und Wesen des Sozialismus“ in „Gewerkschaftl. Monatsheft“, November 1950.

<sup>5)</sup> Auf den gleichen Zusammenhang zielt auch Eduard Heimann ab, wenn er über die Beziehungen zwischen Freiheit und Ordnung schreibt: „Freiheit und Ordnung stehen einander nicht nur feindlich gegenüber, sondern sie setzen einander auch voraus. Denn persönliche Freiheit kann es ohne Ordnung in der Gemeinschaft nicht geben, und dauerhafte Ordnung kann ohne ein Mindestmaß von Freiheit nicht bestehen . . . Zweitens liegen die beiden nicht in der gleichen Ebene der Notwendigkeit. Man kann sagen, Ordnung sei mehr leiblich, Freiheit mehr geistig vonnöten. Ordnung ist die Notwendigkeit des physischen Lebens einer Gemeinschaft mit Arbeitsteilung . . . Freiheit ist von ganz anderer Art; sie ist die Luft, die wir zur geistigen Verwirklichung unserer selbst atmen müssen. Ordnung ist grundlegender, Freiheit erhabener. Das besagt aber, daß die Menschen ihr körperliches Sein nicht einen einzigen Tag ohne Ordnung leben können, während sie, wenn es sein muß, ohne Freiheit lange Zeit auszukommen vermögen. Aus diesem Grunde siegt in einem Konflikt zwischen beiden Bedürfnissen, wenn Ordnung und Freiheit unversöhnlich erscheinen, stets die Ordnung und unterdrückt die Freiheit.“ „Freiheit und Ordnung“, Berlin 1950, S. 19 f.

von ihrem persönlichen materiellen Interesse leiten lassen dürfen, soll die Ordnung mit einem Minimum an staatlichem Zwang auskommen.

Dabei ergibt sich als besonderes Problem, daß das genossenschaftliche Gemeinschaftsleben nicht in eine Form von Gruppenegoismus entarten darf. Diese Gefahr entsteht überall dort, wo eine Gruppe von Menschen sich zu einer wirtschaftlichen Gemeinschaft zusammenschließt. Sie ist auch beim innerbetrieblichen Mitbestimmungsrecht und bei der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmerschaft vorhanden. Dies sagt nichts gegen solche kleineren genossenschaftlichen oder betrieblichen Gemeinschaften, es zeigt nur, daß das Solidaritätsgefühl sich nicht in solchen Gemeinschaften erschöpfen darf.

Die organisatorische Aufgabe der Genossenschaften besteht erstens darin, daß mit ihrer Hilfe die Zahl der Kleinbetriebe erhalten oder sogar vergrößert werden kann, ohne daß damit ein gesamtwirtschaftlicher Nachteil verbunden wäre. Dadurch bleibt die Wirtschaft vielgestaltiger, was einen günstigen Einfluß auf die Gesellschaftsstruktur ausübt. Je vielfältiger die Betriebs- und Eigentumsformen in einer Wirtschaftsordnung sind, desto unterschiedlicher sind die beruflichen Aufgaben, die sich aus ihnen ergeben, und desto verschiedenartiger sind die Neigungen und Fähigkeiten der Menschen, die in diesen Aufgaben Berücksichtigung finden könnten. Man hegt heute mit Recht Zweifel, ob eine Gesellschaft von so eintöniger Struktur, wie es die proletarische Gesellschaft des Marxismus ist, überhaupt in der Lage wäre, der verschiedenartigen Natur der Menschen ausreichend Rechnung zu tragen. Der Wunsch nach Vielgestaltigkeit gestattet durchaus die Erwägung, ob man nicht trotz der schlechten Erfahrungen mit den Arbeiterproduktivgenossenschaften neue Versuche mit einer solchen Betriebs- und Eigentumsform anstellen sollte. Wenn man die früheren Fehler vermeidet und dafür Sorge trägt, daß die Leitung solcher Betriebe mit ausreichenden Machtbefugnissen ausgestattet wird, besteht sehr wohl die Möglichkeit, daß die neuen Versuche günstiger verlaufen als die alten.

Zweitens gehört in den organisatorischen Bereich der genossenschaftlichen Aufgaben die Förderung einer Art von Selbstverwaltung bei der Organisation der Wirtschaftszweige. Das gilt ganz besonders, aber nicht ausschließlich, für die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Landwirtschaft braucht — das haben die Verhältnisse in allen Ländern immer wieder gezeigt — zur Sicherung ihrer Existenz und zur Förderung ihrer Leistungsfähigkeit auf die Dauer eine manipulierte Marktordnung. Sie braucht außerdem eine besondere Schulung und Beratung der Bauern durch Fachleute, die sie in den Stand setzt, mit der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten. Die Genossenschaften können sich beider Aufgaben annehmen, obgleich kein Zweifel darüber bestehen sollte, daß die gemeinschaftsbildende Kraft der Genossenschaften allein nicht ausreichen wird, um das Marktordnungsproblem zu lösen. Da hier auch die

Interessen anderer Wirtschaftszweige auf dem Spiele stehen, wird sich dieses Problem ohne die Hinzuziehung einer übergeordneten staatlichen Autorität nicht bewältigen lassen. Das braucht nicht auszuschließen, daß die Genossenschaften bei der Überbrückung der Interessengegensätze zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen eigene Initiative entwickeln. In dieser Hinsicht könnte ein fruchtbarer Ansatzpunkt durch die Zusammenarbeit von Konsum- und Agrar-genossenschaften gewonnen werden.

Es kann allerdings nicht scharf genug betont werden, daß von den Genossenschaften im Rahmen der Gesamtordnung selbst im günstigsten Falle nur Teilaufgaben übernommen werden können. Die letzte

Koordinierung wird man stets der Entscheidung einer zentralen staatlichen Instanz vorbehalten müssen. Es ist zweifellos richtig, wenn man sich um vielgestaltige Formen der Dezentralisation bemüht und vielgestaltige Wege sucht, um die Menschen möglichst weitgehend an der Koordinierungsaufgabe zu beteiligen. Das alles ändert nichts an der Tatsache, daß ein erheblicher Rest oberster Lenkungsarbeiten einer Staatsbürokratie vorbehalten bleibt. Das heutige Problem des Staates und der Bürokratie läßt sich nicht dadurch lösen, daß man die Entbehrlichkeit staatlicher Institutionen nachzuweisen sucht, sondern dadurch, daß man sich um die Qualitätsverbesserung des bürokratischen Apparates kümmert.

**Summary:** Co-operative associations as constituent part of a new economic order. The endeavours to establish a new economic order have a tendency hostile to the state because people fear nothing more than a central concentration of the power of the state. In this aspect also the revival of the co-operative idea must be seen, may it be considered as standing beyond the contrast capitalism — socialism or as being a fundamental part of the new socialistic order. Although the co-operative idea is more related with the solidarity of socialism than with the profit principle of capitalism, its origin is by no means due to anti-capitalistic reasons. The co-operative associations want to act as a balancing factor 1. by establishing an economic balance through a co-operation of the weaker market partners, 2. by meeting the economic superiority and the competition of big enterprises through a co-operation of small undertakings, 3. by paving the way to co-operative activities in a capitalistic world. It depends on the effects of these endeavours whether the co-operative associations show a more progressive or a more conservative character. In contrast to the theory of Marx the post-capitalistic economic order will not be the result of a comprehensive concentration process. There will remain a variety in the size of undertakings and different types of property. Free enterprise methods will be maintained which allow the enterprises to make their own decisions even in a planned economy. The co-operative associations will prepare the way for and contribute to this new order through education and organization. There is no doubt, however, that the power of the co-operative associations alone will not be sufficient to solve the problem of creating a new economic order; this will only be achieved with the aid of a superior state authority.

**Résumé:** Les coopératives, élément d'un nouvel ordre économique. L'aversion des contemporains pour la centralisation du pouvoir par l'état marque d'un accent anti-capitaliste tous les efforts pour un nouvel ordre économique. Cela explique la renaissance de l'idée co-opérative, parce qu'on la conçoit soit comme principe opposé aux antagonistes capitalisme — socialisme, soit comme élément constituant de l'ordre néo-socialiste. Bien que l'idée co-opérative s'apparente mieux au principe de la solidarité socialiste qu'au principe des profits capitalistes, elle n'est pas issue d'une conception purement anti-capitaliste. On peut définir les fonctions compensatrices des coopératives comme suit: 1.) Création d'un équilibre économique par l'association des intéressés désavantagés. 2.) Association des petites entreprises pour les rendre capable de soutenir la concurrence des grandes. 3.) Création d'un champ d'action pour une collaboration solidaire dans le cadre du système capitaliste. Le mode d'entente de ces fonctions va décider du caractère soit conservatif soit progressif des coopératives. Contrairement à la théorie de Marx, l'ordre économique post-capitaliste ne sera pas le résultat d'un procès de concentration générale, mais il renfermera toute une gamme de formes de propriété et de catégories d'entreprises. Quant à sa planification cet ordre se servira de tels éléments du système du marché qui laissent une marge libre pour la décision à propre responsabilité. Pour aboutir à un ordre pareil les coopératives peuvent fournir davantage qu'un travail préparatoire d'éducation et d'organisation. Il va sans dire, pourtant, que la seule force créatrice des coopératives ne suffira pas pour résoudre le problème de l'ordre économique; car celui-ci exige l'assistance de l'autorité de l'état.

**Resumen:** Las sociedades co-operativas como elemento de un nuevo orden económico. El miedo del hombre a una concentración estatal de poder da a los esfuerzos por un nuevo régimen económico un tono definitivamente ante-estatal. En esta línea estriba también la reanimación del pensamiento cooperativo que se considera, como parece, una forma de orden situada fuera del antagonismo capitalismo/socialismo, o un elemento del orden social neosocialista. Aunque el pensamiento cooperativo se acerca más al principio de solidaridad socialista que al principio capitalista de ganancia, su motivo de nacimiento es de ninguna manera evidentemente anti-capitalista. Como función igualadora de las cooperativas se reconocen los puntos siguientes: 1) Creación de un equilibrio económico, por una unión de las empresas débiles. 2) Conseguimiento de la superioridad comercial y de la capacidad competidora, igual a las de las empresas grandes, por una unión de las empresas pequeñas. 3) Creación de un campo de acción para una cooperación solidaria dentro de un ambiente capitalista. Según la cooperación de estos funciones, las cooperativas ostentan un carácter más progresista o más conservador. Contrario a la teoría de Marx, el régimen económico post-capitalista no será el resultado de un proceso universal de concentración, sino reconocerá muchos tamaños de empresa y formas de propiedad y se valdrá, para la dirección de la economía, de mecanismos de mercado dejando libertad para decisiones tomadas a base de la responsabilidad propia. Para tal régimen las cooperativas no sólo pueden realizar un labor educativo y organizador. Pero no cabe duda de que el poder de las cooperativas no bastará para solucionar el problema del orden de mercado lo que se conseguiría solamente con la ayuda de la autoridad superior del Estado.